







# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Kaliner Krügerstab A.G. in Halle.

Zu den heutigen Generalversammlungen, die in „Hohensohlenhof“ stattfand, waren 17 Aktionäre mit einem Kapital von 4887 000 Mark vertreten. Der Kaufmann **Garbary Korte** aus Magdeburg leitete die Versammlung.

Der Generaldirektor **Schweissig** legte in längerem Ausföhrungen den unter nie außerordentlichen Schwierigkeiten im verfloßenen Jahre, wie die gesamte Kalkindustrie, je auch Krügerstab, zu arbeiten gehabt habe, Schwierigkeiten, die im laufenden Jahre sich zum Teil noch fündig verfechten. Wenn Krügerstab dennoch einen befriedigenden Abschluß vorlegen könne, so sei das der inneren aus Ueberflüssen erhaltene Saline sowie dem Absatz von Chloralkali, Brom und anderen Nebenprodukten zu danken. Der Vorstand aus dem Kaligefäß selber würde kaum die Ueberführungen gedeut haben. Nur eine ausreichte Erhöhung der Kalipreise, die den ständig steigenden Getreidekosten entgegenstehe, sei imstande, einerseits die deutsche Landwirtschaft genügend mit Kali zu versorgen, andererseits die Kalkindustrie zu teilungsfähig zu erhalten, daß bei Friedensschluß das Kali als Austauschobjekt ersten Ranges voll zur Geltung kommen könne. Nach den Ausführungen für Krügerstab seien abhängig von dieser bringenden nötigen Erhöhung der Kalipreise.

Die Versammlung genehmigte den Abschluß und machte die Dividende — 8 Prozent — von 11 dieses Monats ab zahlbar. Auf die Ausführungen des Herrn Generaldirektors Schweissig sowie des Vorsitzenden, Herrn Korte, kommen wir noch näher im Morgenblatt zurück.

**Dresdner Gasmotorenfabrik vorm. Moritz Hille in Dresden.** Laut Vorstandsbereicht erstellte das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Fabrikationsgewinn von 2046 136 (1750 309). Nach Absetzung von 222 416 (149 072) Mk. auf Anlagen und 388 218 Mk. auf Abschreibungen) bleibt einschließlich 57 343 Mk. Vortrag aus dem Geschäftsjahre 1916/17 (114 143) Mk. hiervon sollen, wie bereits von uns gemeldet, 6 (0) Prozent Dividende verteilt werden. Der Aufsichtsrat hat auch im neuen Geschäftsjahre

an derlei Beschlüssen einen der Höhe der Kapitalstruktur (Kurs) sei und für den Wert von Aktien nicht besonders der Umfang hinsichtlich, daß es durch die Beizugewinn gewonnen werden sei, den Durchschlag mit dem Nachbarwert Gollstet beizuführen. Aus diesem Grunde hätte ein Teil des Grubens ausgedehnt für die Förderung in Anspruch genommen werden müssen, für den Anbau nicht besonders günstig lag. Das sei deshalb nicht mehr beträchtlichen Maß der beantragten Erhöhung der Kalipreise je verbunden eine Erhöhung der Zinsen für die Kapitalerlöse. Wie die Erhöhung in Wirklichkeit ausfallen werde, lasse sich vorüberhand nicht sagen. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß in der heutigen jüngeren Kriegszeit eine für die geistliche Befreiung von Kalipreisen überhaupt nicht unmöglich sei. Es fehlen die Grundlagen, um überlegen zu können, wie weit die Steigerung aller Betriebsmittel und der Zinsen in einem halbjahre fortföhren. Deshalb könne man heute gar nicht die künftige Entwicklung der Getreidewerte auf ein einigermaßen übersehen. Die Verwaltung wählte auch aus der Erhöhung der Grubenabnahmepreise wieder.

**Einbahnstabsbahnaußendienst in Braunschweig.** Der Aufsichtsrat schloß wieder 14 Prozent Dividende vor. Der deutsche Süßwaren-Verband hat keine Auflösung beschlossen. **Carlitos Müller A.G. Mühlhausen i. Thür.** Die Gesellschaft, deren Stammkapital 120 000 Mk. beträgt, erzielte 1916 einen Fabrikationsgewinn von 748 121 Mk. Nach 102 690 Mk. Dividende verteilt und 65 925 (69 512) Prozent neu vorgetragen werden. Die Generalversammlung genehmigte die Voranschläge der Verwaltung und wählte neu in den Aufsichtsrat Fabrikant Heinrich Garbe-Laden. Bezüglich der Ausschüsse teilt die Verwaltung mit, daß zuerst Aufträge für Heereslieferungen und die sonstigen Fabrikaten in größerem Umfang als im verfloßenen Jahre vorliegen, so daß voraussichtlich wieder ein günstiger Abschluß zu erwarten sei.

**Die Paradiesbierfabrik M. Steiner & Sohn, A.G. in Gumboldt-Kranichberg** schloß 10 (3) Prozent Dividende vor. Preisrückgang der Chemieverfahren. Die Seidenfabriken des Chemnitzer Distrikts haben infolge weiterer Preisrückgängen der für Färbereien in Frage kommenden Betriebsstoffe sich genötigt gesehen, mit dem 1. Mai ihre Produktionsabrechnung um circa 30 Prozent zu erhöhen. Gewerkschaft Neu-Gollitz. Kalkulationsarbeiten in Nordhann. Die Gewerkschaften dieser zur Gewerbe der Kalkwerke Angehörigen gebührende Gewerkschaft genehmigte einstimmig den Jahresabschluß der nach 148 884 Mark Ueberschüssen mit 118 112 Mark Verlust abschloß. Der Verbandsrat erklärte dazu, daß

an dem nächsten Abschluß einmal die Höhe der Kapitalstruktur (Kurs) sei und für den Wert von Aktien nicht besonders der Umfang hinsichtlich, daß es durch die Beizugewinn gewonnen werden sei, den Durchschlag mit dem Nachbarwert Gollstet beizuführen. Aus diesem Grunde hätte ein Teil des Grubens ausgedehnt für die Förderung in Anspruch genommen werden müssen, für den Anbau nicht besonders günstig lag. Das sei deshalb nicht mehr beträchtlichen Maß der beantragten Erhöhung der Kalipreise je verbunden eine Erhöhung der Zinsen für die Kapitalerlöse. Wie die Erhöhung in Wirklichkeit ausfallen werde, lasse sich vorüberhand nicht sagen. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß in der heutigen jüngeren Kriegszeit eine für die geistliche Befreiung von Kalipreisen überhaupt nicht unmöglich sei. Es fehlen die Grundlagen, um überlegen zu können, wie weit die Steigerung aller Betriebsmittel und der Zinsen in einem halbjahre fortföhren. Deshalb könne man heute gar nicht die künftige Entwicklung der Getreidewerte auf ein einigermaßen übersehen. Die Verwaltung wählte auch aus der Erhöhung der Grubenabnahmepreise wieder.

**Die Paradiesbierfabrik M. Steiner & Sohn, A.G. in Gumboldt-Kranichberg** schloß 10 (3) Prozent Dividende vor. Preisrückgang der Chemieverfahren. Die Seidenfabriken des Chemnitzer Distrikts haben infolge weiterer Preisrückgängen der für Färbereien in Frage kommenden Betriebsstoffe sich genötigt gesehen, mit dem 1. Mai ihre Produktionsabrechnung um circa 30 Prozent zu erhöhen. Gewerkschaft Neu-Gollitz. Kalkulationsarbeiten in Nordhann. Die Gewerkschaften dieser zur Gewerbe der Kalkwerke Angehörigen gebührende Gewerkschaft genehmigte einstimmig den Jahresabschluß der nach 148 884 Mark Ueberschüssen mit 118 112 Mark Verlust abschloß. Der Verbandsrat erklärte dazu, daß

an dem nächsten Abschluß einmal die Höhe der Kapitalstruktur (Kurs) sei und für den Wert von Aktien nicht besonders der Umfang hinsichtlich, daß es durch die Beizugewinn gewonnen werden sei, den Durchschlag mit dem Nachbarwert Gollstet beizuführen. Aus diesem Grunde hätte ein Teil des Grubens ausgedehnt für die Förderung in Anspruch genommen werden müssen, für den Anbau nicht besonders günstig lag. Das sei deshalb nicht mehr beträchtlichen Maß der beantragten Erhöhung der Kalipreise je verbunden eine Erhöhung der Zinsen für die Kapitalerlöse. Wie die Erhöhung in Wirklichkeit ausfallen werde, lasse sich vorüberhand nicht sagen. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß in der heutigen jüngeren Kriegszeit eine für die geistliche Befreiung von Kalipreisen überhaupt nicht unmöglich sei. Es fehlen die Grundlagen, um überlegen zu können, wie weit die Steigerung aller Betriebsmittel und der Zinsen in einem halbjahre fortföhren. Deshalb könne man heute gar nicht die künftige Entwicklung der Getreidewerte auf ein einigermaßen übersehen. Die Verwaltung wählte auch aus der Erhöhung der Grubenabnahmepreise wieder.

# Mitteldutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Filiale Halle a. S., Poststrasse 12. Fernsprecher Nr 1382, 1383, 1692.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Verordnung über Ergänzung der Verordnung, betr. die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmittein, vom 11. Dezember 1916 (Reichsgesetzl. S. 1355). RGBl. S. 379.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermäßigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichsgesetzl. S. 387) folgende Verordnung erlassen:

### Artikel 1.

Der § 2 der Verordnung, betreffend die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmittein, vom 11. Dezember 1916 (Reichsgesetzl. S. 1355) erhält folgenden Zusatz 2. In diesen Verkaufsstellen dürfen in den Stunden, in denen andere offene Verkaufsstellen geschlossen sind, nur Lebensmittel oder Zeitungen verkauft werden.

### Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1917 in Kraft. Berlin, den 26. April 1917.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung.

Auf eine dreijährige Amtsdauer sind gewählt und bestätigt worden:

- a) Zum Schiedsmann für den 20. Bezirk: Herr Otto Naumann, Kaufmann, Leipziger Straße 73.
- b) Zum Schiedsmannstellvertreter für den gleichen Bezirk: Herr Paul Sündershaus, Hotelbesitzer, Martinus 8.

Salle, den 3. Mai 1917. Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Hädtliche Rechtsanwaltskanzlei, Schmeerstraße 11, Eintragung Verzeichnisamt, erteilt für Wohnstätten oder beschützten Wohnstätten Personen ohne Ansehen des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Konfession oder der Parteizugehörigkeit unentgeltlich Auskunft und Rat in allen Rechtsangelegenheiten sowie in den Bezügen der Vaterländischen Hilfsdienste.

In geeigneten Fällen werden die erforderlichen Schriftstücke angefertigt. Sprechstunden: Montag nachm. von 1—4 Uhr, Donnerstag vorm. von 8—10 und 11—12 Uhr, Freitag vorm. von 8—10 und 11—12 Uhr. Salle, den 8. Mai 1917. Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Gemeindefiskusrollen der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1917 liegen vom 10. bis einschließlich 26. Mai d. J. im Steuerbüro, Rathausstraße 10, Zimmer 22, zur Einsicht aus. Die Einsicht in die Rollen ist nur den Steuerpflichtigen höherer Stadt gestattet. Salle, den 5. Mai 1917. Der Magistrat.

### Kriegsnotopende für verfallene Arme.

Seit dem 1. April cr. gingen ein:

- a) Stadthauptkasse: Frau E. Seelig (2 Rate) 50 Mk., E. Ba, 30 Mk., Stadtrichter Gumpers (16 Rate) 100 Mk., Frau Anna David 30 Mk. zusammen 230 Mark.
- b) Hädtliche Sparkasse: Einberordneter Direktor Reut 5 (5 Rate) 40 Mk., Geh. Sanitätsrat Dr. Ulrichs 50 Mk., zusammen 90 Mark.

Mit den früheren Gaben zusammen 12 073,07 Mark. Indem wir allen freundlichen Gebern verbindlich danken bitten wir um weitere Gaben in der beiden Hädtlichen Kassen oder an die Expedition ihrer Zeituna. Salle, den 7. Mai 1917. Die Armen-Direktion.

## Geschenkeelder.

Wir bezeichnen hierdurch mit verbindlichem Danke, daß im Monat April 1917 die nachstehend bezeichneten Geschenke uns zugehört worden sind:

- 1. von Herrn Dr. Winkler Geschenk 4,20 Mk.
  - 2. von dem Armenpfleger Herrn Wege desgl. 5,— Mk.
  - 3. von dem Schiedsmann Herrn Rath Schönefeld in Sachen R./M. 5,— Mk.
  - 4. von Herrn Broder Sohn Geschenk 50,— Mk.
  - 5. von dem Schiedsmann Herrn Wais Schönefeld in Sachen R./M. 10,— Mk.
  - 6. von dem Schiedsmann Herrn Kay Schönefeld in Sachen R./M. 10,— Mk.
  - 7. von dem Schiedsmann Herrn Helmreichsen Silbergeld in Sachen R./M. 3,— Mk.
- Salle, den 19. Mai 1917.

### Die Kassenabrechnung.

**Öffene Stellen**  
Wir suchen zum 1. Juni nach  
Hilfsarbeiterinnen für Hausarbeit eines  
**Bodenweiser**  
und einen zuverlässigen Vermerks  
Kaufmann mit Hausverwaltung u.  
Baukenntnissen.

**Zuckerfabrik Goep**  
in Sach.  
Suche für ruhigen, kühnen, zuverlässigen  
Hauswart zum 1. Juni ordentliche,  
jüngere

**Köchin**  
mit guten Kenntnissen, die gut kochen  
kann, Kochen, Waschen abends 1—5  
Uhr bei  
Dr. H. Mrey, Giebdenstr. 25.

**Alte Mädchen**  
für  
Kleidergeschäft am liebsten. Umzeit  
abends um 7—9 Uhr  
Frau A. Neubauer, Körnern a. S.

**Sofort gesucht**  
jung. Dienstmädchen  
Kannische Straße 12, i. rechtl.

**Suche für ruhigen, kühnen, zuverlässigen**  
Hauswart zum 1. Juni ordentliche,  
jüngere

**Kindermädchen**  
auf Ost.  
Frau Elisabeth E. Wendeuburg,  
Wesmar  
Station: Gröben, Tel. Halle a. S.

**Züchtiges**  
**Hausmädchen**  
sucht sofort  
Kaufmännisches Vereinshaus  
Gömmig.

**Junge Mädchen**  
haben für d.  
Sommer  
freundliche Aufnahme zur  
Erweiterung des Haus- und zur Erhaltung  
auch d. Ferien in einem Pensionat  
in wald. Gegend, Penz. u. Lieberick.  
Demmig b. Gröben, Gröbenw. 4.

Wohnungen und viele in Kellern, Stiege, Treppen usw. zum 1. 10. 20  
vermietet. D. möbl. u. unmöbl. Pkz.  
Muskwitz A. S. D. I. G. Bau- u. Vermietung, Steinweg 20 a.  
Telephon 1493.

**Sagendorfer Straße 6, II. r.**  
20 Räume, 400 Mk. per 1. Juni zu vermieten durch Verwalter  
F. Wagner, Kainigstr. 15.

**Wanzenstraße 11, II.**  
10 Räume, 400 Mk. per 1. Juni zu vermieten durch Verwalter  
F. Wagner, Kainigstr. 15.

**Unterrieth**  
Nachhilfeunterricht  
und Hausaufgabenhilfe ist von  
Herrn C. Schneider in Göttern hoch  
empfehlenswert. Lehrer und  
Dr. phil. Schneider u. „Unterrieth“  
befindet Stadthof Straße, 9. Hofstr. 4.

**10 000 Mark**  
in Wechselnoten zur Hinter  
legung für Anlegung gegen  
gute Pfandnahme. Angebote  
bittet bis 1. Mai an Geschäftsin  
Wagner, A. S. Halle, erbeten.

**Vermischtes**  
Geschäfts, Vermögens, Haus  
Verwaltungen übernimmt  
genügend  
F. Wagner, Kainigstr. 15.

**Bruchleidende**  
Eine Erleichterung für jeden  
ist unser ges. gesch.  
Spranzband  
Kleinkunst des Handwerks.  
Ohne Faas, ohne Gummi, ohne  
Schmerzmittel, Verlangen Sie  
gratis Prospekt. Die Erleichterung  
Oder: Sprenz, Untermarkt No. 227  
(Würtemberg).

**Kammwaren**  
kaufen Sie gut und billig  
im Kaufhaus  
Elkan, Seipzigerstraße 57.

**Nerven-Herz-Gefäß**  
Kranke  
Dr. K. Müller  
Spezialambulanz Liebenstraße  
D. Eisenack (Halle) Gartzberg

## Familien-Nachrichten.



Hauterl erhalten wir unerwartet die schmerzliche Botschaft, dass in den letzten schweren Kämpfen am 2. Mai 1917 unser lieber jüngster Sohn und Bruder

## Alfred

Grenadier im Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 auf dem Felde der Ehre gefallen ist.  
Halle, den 8. Mai 1917.

In tiefster Trauer  
**Hermann Stutzer und Frau, Anna geb. Schwarz,**  
**Otto Stutzer, Leutnant d. Res.,**  
**Hans Stutzer, Vizeldwebel d. Res.**

Am Montag, den 7. Mai 1917, mittags, erlöst nach längerem Leiden ein sanfter Tod unser treusorgendes, innigstgeliebtes, gutes Mütterchen

## Frau Ida Boeck geb. Troitzsch

im 74. Lebensjahre.  
Dies zeigen im tiefsten Schmerz an  
**Hans Boeck, Leutnant d. L., z. Zt. im Felde,**  
**Walter Boeck, Leutnant d. Res.,**  
**Paula Schmidt geb. Boeck,**  
**Magnus Boeck, Leutnant d. Res., z. Zt. im Felde,**  
**Liesel Boeck geb. Törck,**  
**Fritz Schmidt.**

Halle, Königsberg, Danzig, Hamburg, den 9. Mai 1917.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. Mai 1917, 3 Uhr nachm., von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

# Der Verfassungsausschuss des Reichstages

Am Dienstag vormittag hielt die Beratungen bei dem Antrag des Unterausschusses zu Art. 30 der Reichsverfassung fort. Es wird beantragt, folgenden Absatz zu hinzufügen:

Die Mitglieder des Reichstages sind berechtigt, über Personen, die ihnen in Ausübung ihres Berufes Lasten anvertraut haben oder denen sie in Ausübung ihres Berufes solche anvertrauen, sowie über die Lasten selbst das Zeugnis zu verweigern. Auch bezüglich der Befehlsgewalt haben sie den Personen gleich, welche ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht besitzen.

Nachdem ein Fortschrittler den Antrag begründet hatte, erklärte sich ein Konservativer gegen ihn angelehnt bei Erfahrungen mit Abgeordneten wie Richter, die Landesverrat begangen haben. Dem Bericht müsse die Möglichkeit der Hauszusage und der Befehlsgewalt von Papieren bleiben. Ein Sozialdemokrat führt aus, zur Befreiung von Landesverrat sei Einigkeit in die Papiere von Abgeordneten unzulänglich. Landesverrat würde vorzugsweise belastende Papiere vernichten. Die unliebsamen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen seien mildernd durch das gemeinschaftliche Verhalten von Generälen und Beamten. Die Teilnehmer an der Abdonkonferenz hätten etwas begangen, was auf Landesverrat hinausläufe. Unter allen Umständen müsse die Befreiung Abgeordneten ihr Material geben können, ohne dessen Auslieferung durch politische Eingriffe befürchten zu müssen. Ein Redner der Deutschen Fraktion spricht gegen den Antrag. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Lisco meint, daß die verbundenen Regierungen den Abgeordneten das Recht der Zeugnisverweigerung

nicht zugegeben würden. Ein Nationalliberaler erwidert, daß der Abgeordnete ein Vertrauensmann des Volkes sei, müsse er das Recht der Zeugnisverweigerung haben. Ein Zentrumredner führt aus, die Mitteilungen an Abgeordnete seien gleich zu werten, wie solche an Rechtsanwältin und Zergle. Bei weitem nicht alle Mitteilungen an Abgeordnete seien für die öffentliche Verhandlung bestimmt. Am übrigen solle ja der Abgeordnete nicht unter allen Umständen zur Verfügung stehen vor Gericht verpflichtet, sondern nur dazu berechtigt sein. Die Immunität der Abgeordneten müsse so weit wie möglich erweitert werden. Auch das belgische und französische Parlament hätten das Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten. Ein Nationalliberaler erklärt, die Position des Abgeordneten sei mitunter so hoch zu schätzen wie die des Geistlichen, Rechtsanwalts und Arztes. Ein Fortschrittler bietet um schnelle Annahme des Antrages. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erklärt, es sei Ehrenpflicht des Abgeordneten, seine Gewissensmeinung nicht öffentlich preiszugeben. Ein weiterer Vertreter der Deutschen Fraktion spricht sich im Gegensatz zum ersten für den Antrag aus. Wegen ihn polemisiert der erste Vertreter der Deutschen Fraktion, zwischen der Immunität und dem Zeugnisverweigerungsrecht bestände gar kein Zusammenhang. Ein Fortschrittler stellt unter großer Heiterkeit mit, daß er gerade heute eine Zeugnisaufnahme in seiner Eigenschaft als Abgeordneter erhalten habe. Das sei ein neuer Beweis für die Notwendigkeit des Antrages. Ein Konservativer betont, der Abgeordnete Heine hätte zu Unrecht in der Berliner Tagblatt behauptet, daß die Konferenzen im Verfassungsausschuss Diskretion betrieben. Ein Sozialdemokrat verlangt, daß man weniger reden und schnell abstimmen möge, damit man zu wichtigeren komme.

Ein Teil der folgenden Erörterung wird für vertraulich erklärt. Schließlich wird, wie bereits mitgeteilt, der vom Unterausschuss beantragte Absatz 2 zu Artikel 30 gegen die Stimmen der Konservativen und eines Vertreters der Deutschen Fraktion angenommen, ebenso der Antrag des Unterausschusses, in Artikel 31 die Absätze 2 und 3 folgendermaßen abzuändern:

Gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen die Ausübung des Abgeordnetenberufes beeinträchtigenden Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich.

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied deselben und jede Haft oder sonstige Beschränkung der persönlichen Freiheit für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Nach einer Geschäftsordnungsaussprache wurde beschlossen, namentlich zur Beratung der Anträge über das Reichstagswahlrecht und das Verhältniswahlrecht überzugehen.

## Die Wahlrechtsanträge.

Am Dienstag nachmittag beriet der Verfassungsausschuss über folgende Anträge:

Dr. David Heine, Hofmann, Landesberg, Scheidemann und Hahn (Soz.) den Artikel 20, Absatz 1 der Reichsverfassung dahin zu ändern, daß der Reichstag aus allgemeinen, gleichem und direktem nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmenden Wahlen mit allgemeiner Abstimmung hervorgeht, an denen alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts teilnehmen.

Bernstein und Genossen (Soz. L.-O.) den Reichstagsantrag um schleunigste Unterbreitung eines Gefegentwurfes zu erlöden, durch den bestimmt wird, daß erstens die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden, das Recht zu wählen oder gewählt zu werden, mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahr eintritt, den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wie den Männern; zweitens der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß.

Eine Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei über vorläufige Mandatsvermehrung der Großstädte unter Einführung der Verhältniswahl, bis zur endgültigen Regelung der Wahlkreisenteilung und der Proporzfrage im Frieden.

Ein Sozialdemokrat führte aus, die Wahlkreisenteilung von 1867 habe zu einer heute nicht mehr erträglichen Ungleichheit der Wahlkreise und damit des Wahlrechts in den einzelnen Wahlkreisen geführt. Er begründe die Forderung seiner Partei und die des Verhältniswahlsystems um der Gerechtigkeit willen den Vorschlag vor den Einzelwahlkreisen. Allerdings gehe das persönliche Verhältnis des Abgeordneten zum Wahlkreis verloren. Aber Neues müsse immer mit Opfern erkauft werden. Geringfügige Minderheiten müßten Vertretungsmöglichkeiten bekommen.

Heute könne man manchen fächtigen, aber unbedachten Mann nicht ins Parlament bringen.

Das ernüchternde das Proportionalwahlrecht, bei dem überdies die Gleichheit wegfällt und die Wahlkämpfe schärfer würden.

Ein Vorkämpfer der Partei begründet die Resolution seiner Partei. Er weist auf die Vorteile in Hamburg und Württemberg schon bestehenden Verhältniswahl hin. Ihr Grundgedanke sei der Schutz der Minderheit. Durch diese Wahlort erhöhe sich die Wahlbeteiligung, das Wahlgebiet vereinfache sich durch Wegfall der Stimmwahl, Wahlkreisgeometrie sei ausgeschlossen. Die Vorteile stehen die Befürchtungen gegenüber, daß der Einfluß der Parteien und von Interessentenverbänden auf die Parteiteilung zu stark werden könnte. Deshalb sei die Einführung der Verhältniswahl nicht allgemein zu wünschen, wohl aber für Großstädte.

Manche Einzelheiten, z. B. die Frage, ob gebundene oder freie Listen wünschenswert seien, sollten noch ausgeschaltet werden. Die politische Entredung der Großstädte sei nicht genug zu ertragen. Der Redner führt als Beispiele die Riesenwahlkreise Weihen, Telton-Beesow und andere an. Er spricht gegen die Festsetzung der Altersgrenze auf 20 Jahre, hält aber 24 Jahre für annehmbar. Die Frage des Frauenwahlrechts sei er zurzeit nicht erörtern. In der Fortschrittlichen Volkspartei seien die Ansichten darüber verschieden, jedenfalls sei

im Reichstage eine Mehrheit für das Frauenwahlrecht nicht vorhanden.

Man möge sich auf das Durchführbare beschränken.

Ein Nationalliberaler erklärt sich für die fortschrittliche Resolution. Er wolle nicht für die Verhältniswahl in den Großstädten. Auch andere Städte hätten bereits leis und probeweise Neuerungen getroffen. Ein Sozialdemokrat führte aus, daß das Frauenstimmrecht und der Proporzgedanke marschieren. Die Mandatsvermehrung ließe sich bei allgemeiner Durchführung des Proporz im ganzen Reich schmerzlos durchführen. Zum mindesten sollte aber vorläufige Regelung hinsichtlich der Großstädte durchgeführt werden. Schon bei der nächsten Wahl müßte das Unrecht des jetzigen Zustandes beseitigt sein. Nicht parteipolitische, sondern allein Rechtsbegründungen dürften maßgebend sein. Das Argument, daß die künftige Wehrfähigkeit über die als Wehrfähigkeit, fann heute nicht mehr gehen. Man werde an die technisch-industrielle Seite des Krieges, an die Spezialtruppen und ihre Rekrutierung.

Der sozialdemokratische Redner wies zum Schluß darauf hin, daß auch der Deutsche Städtetag die heutige Einteilung der Reichstagswahlkreise als ein

## Mehrheitsrecht zugunsten der Städte

erklärt hat.

Die fortschrittliche Resolution Hofmann, Dr. Müller-Meinungen, Dr. Schmidt laute:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, daß bis zur Durchführung der im Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 (§ 5, Abs. 3) vorgesehene allgemeine Vermehrung der Abgeordnetenzahl die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungswachstum eine entsprechende Vermehrung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten.

Ein Konservativer betonte, Wahlrechtsfragen seien schließlich

## Machtfragen.

Er wünscht Material von der Reichsteilung und deshalb Auslegung der Befehlsgewalt. Wenn die Großstädte mehr Abgeordnete und Proporz erhalten, so bedeute das eine politische Rechtsminderung des platten Landes; besonders Ostpreußen würde schlecht dabei fahren. Durch die fortschreitende Industrialisierung drohe dem platten Lande Gefahr. Beim Proporz hätten die Parteien und nicht die Wähler die Ausmacht der Abgeordneten in der Hand. Das sei kein Gewinn. Die persönliche Wertung des Abgeordneten in seinem Wahlkreis dürfe nicht ausgeschaltet werden. Der Proporz zählte geradezu

## Berufspolitiker

durch die Erleichterung der Wahl. Der Antrag der Fortschrittler sei der Anfang auf dem Wege zum Proporz im ganzen Reich. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre sei unmöglich, ein 20jähriger Befähigt noch nicht genug politische Reife. Die Konferenzen seien

## gerühmlich gegen das Frauenwahlrecht.

Der Frau gewährt nicht in die Definitivität. Das Frauenstimmrecht ergebe sich am ehesten als Nebenprodukt in der Gesamtheit. Die Frau hätte einmal im Leben die Wahl und das genügt!

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft tritt für das Frauenwahlrecht ein. Das Wahlrecht würde das politische Interesse der Frauen allmählich steigern. Die Kriegserfahrungen der Frauen haben den Gedanken des Frauenwahlrechts gestärkt. Heute lie die Kernfrage, daß, abgesehen von einigen später zum Reich hinzugekommenen Gewerden, noch immer auf Grund der Volkszählung von 1864 gewählt werde. Die politische Rechtsfähigkeit für die Großstädte müsse hergestellt werden. Der Proporz sei im ganzen Reich unter Aufstellung einer festen Liste durchzuführen, die aber natürlich nicht von den Parteien führen. Insondern von den gesamten Parteiorganisationen aufzustellen sei.

Zum Berichterstatter für diesen Stoff wird Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) bestimmt und die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

# Deutsches Reich.

Die deutschen Teilnehmer an der Stockholmer Konferenz.

Die „Frankf. Zig.“ berichtet aus Berlin: Zur Stockholmer internationalen Sozialistenkonferenz entfiel der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie die Abgeordneten Scheidemann, Gumbel, Müller; die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Abgeordneten Walfenbach und Richard Fischer. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften wird drei Delegierte entsenden.

## Ein preussischer Landes-Parlament der Fortschrittlichen Volkspartei

wird am Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. Juni d. J., in Berlin stattfinden zur Erörterung der kaiserlichen Oberhoheit und der damit im Zusammenhang stehenden interpolitischen Fragen, insbesondere der Wahlrechtsreform in Preußen. Damit tritt die preussische Landesorganisation zu ihrer zweiten Tagung zusammen; die erste fand am 20. Januar 1913 statt. Die Schaffung einer preussischen Landesorganisation ist die Folge eines auf dem preussischer Parteitag angenommenen Beschlusses, mit dessen Ausführung die preussischen Mitglieder des Gesetzentwerfenden Ausschusses betraut wurden.

## Der Schweinemord der Hausflüchter.

5 1/2 Mill. Schweine in 1/2 Jahre verschwunden.

In der Sitzung des Ernährungsausschusses des Reichstages sind die heimlichen Schweineflüchtungen kritisiert worden. Die von der Fortschrittlichen Volkspartei dem Kriegsernährungsamt vorgelegte Denkschrift gibt darüber nähere Aufschlüsse. Sie enthält u. a. eine Berechnung über die Schweineflüchtungen, die in der Zeit vom 1. Sept. 1916 bis zum 1. März 1917 stattgefunden haben. Diese Berechnungen führen zu einer gestamten Schweineflüchtungen in dem halben Jahre von 13 Millionen Stück. An beschaufungspflichtigen Schlachtungen mit Einschluß der Hofschlachten und Hausflüchtungen aber sind von der Statistik nur etwa 7 1/2 Millionen erfasst, so daß 5 1/2 Millionen Schweine verschwunden sind. Die Reichsflüchtlinge hätte in ihrer jährlichen Antwort auf die Denkschrift behauptet, daß im ganzen Jahre vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 10,4 Millionen Schweine geschlachtet seien. In der Hand der Friedenserfahrungen aber ist mit einer Schlachtung von mindestens 18 Millionen Schweinen zu rechnen.

Bemerkenswert ist, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts, v. Batocki, sich im Ernährungsausschuss des Reichstages diese Ausführungen der Reichsflüchtlinge nicht zu eigen gemacht hat. Er betonte, daß er dafür die Verantwortung nicht übernehme.

# Letzte Depeschen.

## Neue Ausführungen des englischen Lebensmittelkontrollors.

WTB. London, 8. Mai. (Kautz.) Der Lebensmittelkontrollor Lord Deonport gab heute abend im Oberhause eine wichtige Erklärung ab, die in parlamentarischen Kreisen als sehr bedeutend und ermutigend betrachtet wird. Der Lebensmittelkontrollor gab hier zu verstehen, daß die Regierung es nicht für notwendig hält, das Brotkornsteuern einzuführen. Er lagte: Sie freie mich, sagen zu können, daß mein Aufruf zu einem verminderten Brotverbrauch Wertschätzung gefunden hat. Falls die Anstrengungen der Unterboote nicht über alle Wahrscheinlichkeit erfolgreich sind, werden wir bis zur Ernte durchhalten und eine ziemlich zu friedenstellende Reserve haben. Hier warf Lord Salisbury ein: Soll das heißen, daß wir mit unserer jetzigen freiwilligen Rationierung durchhalten werden? Deonport fuhr fort: Falls eine genügende Herstellung stattfindet, werden wir mit einer angemessenen Reserve durchkommen. Ich meine an, daß der Verbrauch eingeschränkt wird. Alles deutet auf eine noch härtere Brotmangelung hin. — Ueber die Preisflaute einführte seit dem 1. Januar 1917 lagte der Lebensmittelkontrollor, sei bei wenig geringer gemessen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es werde vielleicht nötig sein, sie noch einzuschränken dadurch, daß man den Fruchtbaum füll bringende Zwecke abziehe. Die Herden Englands seien jedoch ebenso zahlreich, wenn nicht zahlreicher als je; solange der Verbrauch in vernünftigen Grenzen gehalten werde, habe sie kaum die Möglichkeit des Preisanstiegs. Er sei in dessen zu dem Entschluß gekommen, daß es empfehlenswerter wäre, den Preisfallen zuzufassen. (Hier hat bei der Ueberrumpfung der Depesche wahrscheinlich das Wort nicht ausgefallen.) Lord Milner, Mitglied des Kriegsausschusses, sagte, die Empfehlungen des Lebensmittelkontrollors hätten keine Entbehrungen, sondern nur einen gewissen Aufwand von Selbstpflicht. Sie beruhten auf vernünftigen Berechnungen, nicht auf optimistischen Annahmen hinsichtlich der Nahrungsmittelmengen, die England wahrscheinlich erreichen würden.

## Wer Brotgetreide verfrachtet, verfrachtet sich am Vaterland!

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Datz für den örtlichen Teil, für Propaganda: Gerich, Sander, Eugen Brinmann, Beulstein, Unterhaltungsblatt, Vermittler usw. Hans Kationel für Musik: Siegfried Datz, Peter Kationel, Hans Kationel, für den Anzeigen: Hugo Franke, Datz und Verlag von Otto von Del. Schmidt in Halle.

# Kinder-Bekleidung

für Knaben und Mädchen.

# Bruno Freytag

Halle, Leipziger Strasse 100.

